

Tabak-Arbeiter

Nr 22 / Bremen, den 1. Juni 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. Glückwunsch- und Lobesanzeigen sowie Arbeitsgesuche: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Beilagen: „W e r b a“ Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW. 11, Königgräber Str. 97. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung, Bremen. Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. H. Schmalzfeldt & Co. Redaktionschluss Montagabend

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großkaufmannschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Bejenbinberhof 57, Zimmer Nr. 24

Mängel der Gewerbeaufsicht

Der Aufbau und die künftige Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht ist gegenwärtig Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die freien Gewerkschaften fordern die Vereinheitlichung und Verreichlichung der Gewerbeaufsicht, während der abgeänderte Entwurf des Arbeitsschutz-Gesetzes, der jetzt dem Reichstag vorliegt, an dem bisherigen Aufbau, insbesondere an der Zuständigkeit der Länder, nichts ändern will. Bleibt aber die jetzige Zersplitterung auf diesem Gebiete bestehen, wird die Wirksamkeit der ganzen Einrichtung auch künftig nachteilig beeinflusst. Die Gewerbeaufsicht soll in erster Linie durch Ueberwachung der Betriebe für die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen sorgen. Diese Aufgabe löst sie aber jetzt nur in sehr unzureichender Weise.

Einen Einblick in die Ueberwachung der Betriebe seitens der preußischen Gewerbeaufsicht hat eine kürzlich in Berlin stattgefundene Gerichtsverhandlung gewährt. Der Inhaber eines Betriebes für Radioteile hatte sich vor Gericht zu verantworten, weil durch seine Fahrlässigkeit Ende vorigen Jahres eine Anzahl junger Arbeiterinnen bei der Explosion von Zelluloid tödlich verunglückten oder an den erlittenen Brandwunden für dauernd entsetzt und in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt wurden. In sträflicher Weise wurde dort Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt, und diese Mißstände wurden nicht aufgeklärt, weil der Betrieb monatelang von der Gewerbeaufsicht nicht revidiert worden war. Man soll nicht glauben, daß es sich hier um einen besonders krassen Einzelfall handelt. Ähnliche Mißstände bestehen in tausend anderen Betrieben, und die Öffentlichkeit erfährt erst von diesen Zuständen, wenn ein Unglück geschehen ist. In Nürnberg sind kürzlich wieder 12 Menschenleben bei der Arbeit vernichtet worden. Auch hier waren die Opfer zum größten Teile jugendliche Arbeiterinnen, die bei der Explosion von Lack in einer Bleistiftfabrik den Tod fanden. Wahrscheinlich hat die zur Gewohnheit gewordene Nichtbeachtung auch der einfachsten Sicherheitsmaßnahmen zu diesem Massenunglück beigetragen.

Seit langer Zeit fordern die Gewerkschaften eine bessere Ueberwachung der Betriebe. Immer wieder haben sie auf die Steigerung der Unfallziffern hingewiesen, deren Ursachen nicht zuletzt in der außerordentlich spärlichen Betriebsüberwachung zu suchen sind. Ohne schärfere Kontrolle ist eine Erhöhung der Betriebssicherheit nicht zu erreichen. Allerdings ist diese Forderung nicht nach dem Geschmack der Unternehmer. Man weiß warum. Wer nichts zu verbergen hat, braucht eine Revision seines Betriebes nicht zu scheuen. Im Gegenteil, es könnte ihm nur recht sein, durch eine solche Kontrolle auf etwa noch vorhandene Gefahrenquellen aufmerksam gemacht zu werden. Der Preußische Landtag hat auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion unter dem Eindruck der Berliner Zelluloidexplosion eine Vermehrung der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten beschlossen¹⁾. Es werden demnächst 6 Gewerberäte und 18 Gewerbekontrolleure neu eingestellt werden. Die letzteren sind aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten zu entnehmen und müssen über langjährige praktische Betriebserfahrung verfügen. Vielleicht entschließt sich auch Bayern auf Grund des Nürnberger Unglücks zu ähnlichen Maßnahmen. Und auch die übrigen deutschen Länder sollten nicht warten, bis sie durch ein Massenunglück genötigt werden, das gleiche zu tun.

Weder in Preußen — auch nach der Besetzung der neu geschaffenen 24 Stellen — noch in den anderen Ländern genügt das

vorhandene Aufsichtspersonal zur gründlichen Ueberwachung der Betriebe. Einen sehr beachtlichen Aufschluß über die Revisionstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten gibt eine Abhandlung des Regierungsrats Dr. W. Abelsdorff²⁾. Es wird darin die Beamtenzahl und der Umfang der Betriebsbesichtigungen der Gewerbeaufsicht von Preußen, Bayern und Sachsen auf Grund der Jahresberichte von 1927 gegenübergestellt. Preußen hat insgesamt 414 Gewerbeaufsichtsbeamte. Auf je einen dieser Beamten entfallen im Durchschnitt 869 zu besichtigende Betriebe mit zusammen rund 13 000 beschäftigten Arbeitern. Bayern hat 73 Gewerbeaufsichtsbeamte, auf je einen kommen 1056 Betriebe mit rund 11 500 Arbeitern, während in Sachsen von den vorhandenen 86 Beamten der einzelne 808 Betriebe mit rund 14 650 Arbeitern überwachen soll. Die Unterschiede in der Gesamtzahl der Arbeiter der von einem Beamten zu überwachenden Betriebe in den drei Ländern sind verhältnismäßig gering. Bayern hat mehr kleinere Betriebe, wodurch sich die höhere Zahl von 1056 Betrieben erklärt. Bei der Gegenüberstellung der von dem einzelnen Beamten in Preußen, Bayern und Sachsen im Durchschnitt durchgeführten Betriebsbesichtigungen schneidet Preußen außerordentlich schlecht ab. In Preußen entfallen auf einen Beamten nur 475 Besichtigungen im Jahre gleich 55 Prozent aller Betriebe. Sachsen kann 601 Besichtigungen gleich 74 Prozent aufweisen, und Bayern bringt es trotz der dort an sich höheren Zahl der Betriebe auf 707 jährliche Besichtigungen, gleich 77 Prozent. Diese Zahlen zeigen, daß es in keinem der drei Länder möglich war, jeden Betrieb mindestens einmal zu revidieren. Preußen hat sogar nur die Hälfte aller Betriebe besichtigen können. Das ist sich aber um Durchschnittszahlen handelt, ist es keineswegs sicher, daß jeder Betrieb bestimmt alle zwei Jahre einmal besichtigt wird, sondern es werden die mittleren und kleinen Betriebe in weit größeren Abständen, vielleicht nur alle drei Jahre, einmal einer Revision unterzogen. Solche in nur sehr langen Zeitabständen erst wiederkehrenden Betriebsbesichtigungen sind natürlich kein Anreiz für den Unternehmer, sich um die Befolgung der Arbeiterschutzbestimmungen besonders zu bemühen.

Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten zur Abhilfe: entweder wird eine weitere Vermehrung des Aufsichtspersonals vorgenommen oder die vorhandenen Beamten werden von allen ihnen jetzt noch obliegenden Nebenarbeiten befreit, damit sie ihre ganze Kraft und Arbeitszeit den Betriebsrevisionen widmen können. Dabei ist natürlich an gründliche Besichtigungen gedacht. Die Zahlen von Herrn Dr. Abelsdorff über die von je einem Beamten der drei Länder im Jahresdurchschnitt ausgeführten Besichtigungen lassen natürlich nicht ersehen, wieviel Zeit pro Besichtigung benötigt wurde. Es kommt aber nicht nur auf die Zahl der vorgenommenen Besichtigungen sondern auch auf die Art ihrer Durchführung an. Sogenannte Nummerrevisionen, wie sie in Preußen im Hinblick auf das magere Ergebnis des letzten Jahres anscheinend künftig geplant sind, verfehlen ihren Zweck vollkommen. Die Beamten sollen nicht durch den Betrieb herumgehen oder nur einen Teil der Betriebsanlagen sich ansehen, einige Fragen stellen und schon zur nächsten Revisionsstelle laufen. Auf diese Weise gewinnt man keinen Einblick in die Betriebsverhältnisse und kann auch vorhandene Mißstände weder erkennen noch beseitigen. Es hat keinen Wert, am Jahresluß mit einer mög-

¹⁾ Siehe „Verbesserung des Arbeitsschutzes in Preußen“, Gewerkschafts-Zeitung Seite 282.

²⁾ Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 130. Band, 3. Folge, Band 75, Heft 4, Verlag Gustav Fischer, Jena. „Der Ausbaues des Beamtenstandes der deutschen Gewerbeaufsicht in den letzten Jahrzehnten und die Umgestaltung des Tabellenwerkes in deren Jahresberichten.“

Nicht hohen Endsumme der besichtigten Betriebe vor die Öffentlichkeit zu treten, wenn nicht gleichzeitig die Gewähr vorhanden ist, daß durch die Besichtigungen eine bessere Befolgung der Arbeiterschutzbestimmungen erreicht wurde. Und lediglich das letztere kommt für die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Arbeiter in Frage.

Starke Unterschiede weisen die drei Vergleichsländer auch bei der Zusammenfassung des Beamtenkörpers der Gewerbeaufsicht auf. In Preußen sind rund 75 v. H. der Gewerbeaufsichtsbeamten höhere Beamte (Gewerberäte, Assessoren und Referendare), Bayern dagegen hat nur 41 v. H. und Sachsen rund 46 v. H. wissenschaftlich vorgebildete Beamte. Die weit stärkere Durchsetzung der preussischen Gewerbeaufsicht mit höheren Beamten und die andererseits dort (im Vergleich zu anderen Ländern) festgestellte erheblich geringere Durchschnittsbesichtigungs-ziffer pro Beamten sprechen absolut nicht zugunsten des in Preußen zurzeit bestehenden Kräfteverhältnisses. Man wird daher gerade in Preußen künftig in weit stärkerem Maße auf die Einstellung von mittleren Gewerbeaufsichtsbeamten Wert legen müssen.

Das Vorhandensein des staatlichen Aufsichtsapparates allein gibt — das lehren die Erfahrungen — keine Gewähr für die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Es muß künftig mehr Druck dahinter gesetzt werden. Die Gewerbeaufsicht in ihrer Zusammensetzung und Tätigkeit ist den Anforderungen unserer heutigen Zeit anzupassen. Erst dann wird sie tatsächlich in der Lage sein, den so dringend notwendigen Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter in den Betrieben durchzusetzen.

Das Schund- und Schmutzgesetz in der Praxis

Der Sozialistische Kulturbund hatte für Sonntag, 5. Mai, eine Konferenz der parteigenösslichen Beisitzer in den Prüfstellen, die auf Grund des „Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ eingerichtet worden sind, einberufen. Das einleitende Referat hatte der Genosse Max Westphal, der Beisitzer in der Oberprüfstelle ist, übernommen. Er gab zunächst einen sehr detaillierten Bericht über die bisherige Tätigkeit der beiden Prüfstellen in Berlin und München und der Oberprüfstelle in Leipzig. Danach sind seit Einführung des Gesetzes Ende 1926 bis etwa 1. April 1929 insgesamt 276 Anträge auf Aufnahme einer Schrift in die Liste der Schundbücher gestellt worden. Die Prüfstelle in Berlin hatte über 246, die Münchener Stelle über 30 Anträge zu entscheiden. In Berlin hat man von den angeklagten Schriften 48 (etwa 20 Prozent) auf die Liste gesetzt, in München 19 Schriften (etwa 60 Prozent). Von den 276 Schriften sind also insgesamt 67, das sind etwa 25 Prozent, für Schund erklärt worden. In 63 Fällen ist die Oberprüfstelle um eine neue Entscheidung angegangen worden. Diese Anträge auf Abänderung des ersten Beschlusses gingen von 29 auf die Liste gesetzte Schriften von den Verlegern aus, gegen 34 freisprechende Urteile haben die Antragsteller protestiert. Die Oberprüfstelle hat nur in 12 Fällen eine abweichende Entscheidung getroffen. Zwei in der ersten Instanz verurteilte Schriften wurden freigegeben, zehn in der ersten Instanz freigesprochene wurden auf die Liste gesetzt.

Im Verlauf seines Referats kam Genosse Westphal eingehend auf die von der Oberprüfstelle aufgestellten Definitionen der Begriffe „Schmutz und Schund“ zu sprechen. Nach der Feststellung, daß es zur Verurteilung einer Druckschrift genüge, wenn sie schmutzig oder schundig ist, hat die Oberprüfstelle versucht, für die Spruchpraxis die beiden Begriffe näher zu umschreiben. Diese Versuche sind nicht gerade geglückt. Die ersten Formulierungen, an die man auch erst im Januar 1928 herangegangen ist, wurden bald durch neue, weitergehende abgelöst. Besonders bemerkenswert sind die Bemühungen, den „Schmutz“ näher zu bestimmen. Der Referent wies hierbei nachdrücklich auf die gefährliche Erweiterung der grundsätzlichen Entscheidungen der Oberprüfstelle auf Abbildungen hin. Obwohl das Gesetz ausdrücklich nur literarische Erzeugnisse und keine Abbildungen verfolgt, ist hier der Versuch gemacht worden, die Beurteilung auf die den Druckschriften beigegebenen Abbildungen auszudehnen. Es wird der Grundsatz aufgestellt, daß eine Schrift, die an sich nicht unter das Gesetz fallen würde, durch die beigegebenen Bilder den Charakter einer Schmutz- oder Schundschrift bekommen kann und in diesem Fall zu verbieten ist. Abschließend stellte der Referent fest, daß keines der bisherigen Verbote an sich Anlaß zur Beunruhigung geben könne. Als bedenklich bezeichnete er dagegen die grundsätzlichen Entscheidungen der Prüfstellen, auf Grund deren künftig auch andere Werke, die keineswegs

Schmutz oder Schund sind, verboten werden könnten, und er unterstrich die Notwendigkeit, auf die weitere Entwicklung der Spruchpraxis genau zu achten, zumal die eifrigen Befürworter des Gesetzes mit den bisherigen Erfolgen nicht zufrieden sind und sich um Ausbau und Erweiterung seiner Bestimmungen bemühen.

An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache, aus der sich die einheitliche Auffassung aller mit dem Gesetz befaßten Genossen ergab, daß es keine geeignete Handhabe zum Schutz der Jugend vor Verwahrlosung und sittlicher Gefährdung sei. Von mehreren Rednern wurde festgestellt, daß viele der verbotenen Schriften kaum jemals in den Händen Jugendlicher zu finden gewesen seien, daß das Gesetz also in der Hauptsache ein verstecktes Zensurgesetz darstelle. Während unter Aufwendung großer Mittel hier unzulänglicher „Jugendschutz“ betrieben wird, bleiben alle anderen Gefahrenquellen offen. Besserung der sozialen Lage, insbesondere Behebung des Wohnungselends, unter dem die Jugendlichen stark leiden, ist wirksamerer Schutz der Jugendlichen als das Verbot von Schriften, die vor so langer Zeit erschienen sind, daß es große Mühe gemacht hat, die für die Prüfung notwendigen Exemplare aufzutreiben. Zu dieser Unzweckmäßigkeit des Gesetzes tritt die Gefahr hinzu, daß mit seiner Hilfe gelegentlich Druckerzeugnisse verboten werden können, die alles andere als „Schmutz“ und „Schund“ sind. Es wurde von allen Rednern in Uebereinstimmung mit dem Referenten größte Zurückhaltung diesem Gesetz gegenüber und weitgehendster Verzicht auf seine Inanspruchnahme gefordert. Wir verlangen Schutz der Jugend durch sozialpädagogische Arbeit und versprechen uns nichts von Polizeimaßnahmen.

Die Aussprache ergab eine Reihe wertvoller Anregungen, die von der Leitung des Sozialistischen Kulturbundes bei der weiteren Bearbeitung dieser Fragen berücksichtigt werden sollen. Besondere Beachtung verdienen die Forderungen nach Öffentlichkeit der Verhandlungen in den Prüfstellen und die Verpflichtung der Antragsteller, auch für die erste Instanz eine ausführliche Begründung ihres Antrags anzufertigen. Außerdem wurde der Kulturbund aufgefordert, Verbindungen zwischen allen parteigenösslichen Mitarbeitern der an der Durchführung des Gesetzes beteiligten Stellen herzustellen, ferner ein Archiv über alle mit dieser Angelegenheit zusammenhängenden Vorkommnisse anzulegen. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die Konferenz sieht unter Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Gegnerschaft zum Gesetz davon ab, zurzeit Änderungen auf gesetzgeberischem Wege anzuregen, wünscht aber, daß allen etwaigen Versuchen, auch von Behörden und Parlamenten, auf Verschlechterung des Gesetzes mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten wird. Sie hält eine Beteiligung der Genossen bei der Durchführung des Gesetzes nach wie vor für eine dringende Notwendigkeit, um mißbräuchlicher Ausnutzung vorzubeugen und Material für zukünftige Gesetzesänderungen zu sammeln. Zu dem gleichen Zweck sind auch regelmäßige Berichte über die Verhandlungen der Prüfungsstellen sehr erwünscht. Im besonderen ist eine einheitliche Stellung der mit dem Gesetz befaßten Sozialisten anzustreben. Die wirksamste Bekämpfung der Schund- und Schmutzschriften sieht die Konferenz wie bisher in den positiven Maßnahmen zur Beseitigung der sozialen Ursachen von Schmutz und Schund.

Die schädlichen Folgen des Zwischenhandels

In Nr. 222 der „Deutschen Tageszeitung“ bringt Dr. Josef Ruhn (Dreß) Angaben über die Gestaltung der Preise für Speisekartoffeln auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher, wie sie interessanter für die Beurteilung des Zwischenhandelsproblems kaum sein können.

Nach diesen Angaben wurden am 18. April für Speisekartoffeln an die märkischen Produzenten Preise gezahlt, die bei den gängigen Handelsorten zwischen 2,40 und 2,80 M pro Zentner liegen. Die Kleinhandelspreise beliefen sich auf rund 60 bis 70 S je 10 Pfund oder 6 bis 7 M pro Zentner. Das bedeutet, daß der produzierende Landwirt 41,5 Prozent, der Handel insgesamt 58,5 Prozent erhielt. Nach den weiteren Darlegungen von Dr. Ruhn erhielt der Landwirt in den letzten Vorkriegsjahren für Frühjahrsspeiseware Durchschnittspreis von etwa 2,30 bis 2,60 M pro Zentner. Somit bedeutet der jetzt gezahlte Preis für den Landwirt einen Aufschlag von 10 bis 15 Prozent. Den Handelszuschlag der Vorkriegszeit beziffert Dr. Ruhn auf allerhöchstens 2 M pro Zentner. Mit dem augenblicklichen Bruttogewinnzuschlag verglichen, bedeutet das soviel, daß der Handel seinen Gewinnzuschlag verdoppelt hat.

Am 7. Mai 1929 wurde die Kartoffel „Industrie“ mit 2,50 M pro Zentner gehandelt. Der Preis ist also gesunken. Das Gegenteil beim Handelspreis. Er hat sich von Mitte April bis 7. Mai um 1 M pro Zentner erhöht. In Prozentzahlen ausgedrückt, ergibt sich damit, daß, während auf dem flachen Lande gute und brauchbare Speiseware fast unerkäuflich ist und der Landwirt nur 33% Prozent erhielt, der Handel insgesamt 66% Prozent einsteckte.

Damit ist der Zwischenhandel in seiner ganzen Schädlichkeit und Verderblichkeit bloßgestellt. Er trägt zu einer Verteuerung der Produkte bei, wie sie stärker nicht sein kann.

Soll es so bleiben? Jeder, der dem Landwirt annehmbare Preise für seine Produkte wünscht, und der will, daß die Verbraucherpreise eine Senkung erfahren, wird diese Frage nur verneinen können. Die Situation verlangt gebieterisch eine weitest gehende Ausschaltung des Zwischenhandels, was gleichbedeutend ist mit einer wesentlichen Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher.

Tarifliche Mehr- und Nebenarbeiten

Aus den Versammlungsberichten unseres Verbandsorgans erzieht man, daß die Zigarrenfabrikanten mehr und mehr von der Rationalisierungskrankheit infiziert sind. Allerdings ist für die Zigarrenfabrikanten die Rationalisierung nicht eine Angelegenheit der technischen Vervollkommnung der Betriebe, sondern lediglich der Abbau der Löhne soll die technische Vervollkommnung ersetzen. Ueberall hört man dieselben Klagen über Verschlechterung des Materials, sei es Deckblatt, Umblatt oder Einlage. Sie kennen anscheinend keine andere Methode, als durch Verabreichung schlechten Materials die geringen Lohnrückhöhungen wieder hereinzubringen. Daß diese Art der Lohnrückhöhung eine Art Sabotage unserer Lohnbewegungen ist, bedarf wohl keiner besonderen Ausführung.

Nicht nur die Zigarrenarbeiter werden von dieser Art Rationalisierung betroffen, auch die Sortierer müssen unter diesen Bestrebungen leiden. Bei den Sortierern ist es meistens die Herabsetzung des Farbenfortiments auf vorfortierte und unfortierte Zigarren. Doch auch die Einführung neuer Pressverfahren kann zu Lohnrückdrück führen, wenn unsere Kollegen nicht die Augen aufhalten. Jeder Fabrikant von Presskästen empfiehlt seine Ware damit, daß seine Kästen eine Arbeitserleichterung für die Sortierer bedeuten und Lohnersparnisse ermöglichen, was natürlich das Herz eines Zigarrenfabrikanten höherschlagen läßt.

Kritischer betrachtet der Sortierer einen neuen Presskasten. Kann der Sortierer mittels der neuen Presskästen Zigarren nicht schneller verpacken, wie das bislang der Fall war, ist er gar genötigt, mehr Arbeitszeit zum Verpacken zu verwenden, o kann er mit gutem Recht verlangen, daß ihm die entstandene Mehrarbeit ersetzt wird. Nicht jeder neue Presskasten bringt auch eine Arbeitserleichterung. Unsere Tarife sind für Sortierer so aufgebaut, daß sie den am häufigsten vorkommenden Arbeitsarten in den Sortierereien Rechnung tragen; das schließt aber nicht aus, daß mit der Zeit Neuerungen Eingang finden, die arbeitsmäßig noch nicht erfasst sind und deshalb betrieblich geregelt werden müssen.

Eine mittlere Zigarrenfabrik Nordwestdeutschlands hatte für ihren Betrieb neue Presskästen eingeführt, deren Benutzung für die Sortierer einen erheblichen Mehraufwand an Zeit bedeutete und deshalb einen Minderverdienst zur Folge hatte. Die Firma dagegen bestritt, daß eine Mehrarbeit durch die neuen Presskästen für die Sortierer verursacht würde und war deshalb der Ansicht, daß diese Arbeit zu den bestehenden tariflichen Bedingungen gemacht werden mußte, da der Reichstarifvertrag vorsähe: „Der Sortierlohn umfaßt die Entlohnung für alle Arbeiten, die nötig sind, um lose, unfortierte Zigarren in Ristchen nach einem vorgeschriebenen Sortiment zu packen.“

Da die Firma durch Verhandlungen des Betriebsrates sowohl, als auch durch Organisationsvertreter nicht von ihrem Standpunkt abweichen wollte, wurde der bezirkliche Schlichtungsausschuß angerufen, der entschied, daß verschiedene Nebenarbeiten, die nicht tariflich geregelt seien, betrieblich geregelt werden mußten. Das Auslegen von mehr als einem Brett, für das d o p p e l t e Aufschriften der Farben, für das A b n e h m e n von mehr als einem Brett, mußten bestimmte Zuschläge bezahlt werden. Werden nicht mehr als 30 Presskästen zur Verfügung gestellt, so hat ein Zuschlag zu erfolgen. Für das Verpacken von Zigarren wurde entschieden, daß der bisherige Lohn bestehen bleiben soll; der bisher gezahlte Ueberlohn sei berechtigt, da Papierstreifen eingelegt werden mußten, und auch das Material vom Sortierer herangeschafft werden müsse. Außer-

dem wurde noch ein Zuschlag für das Röllcheneinlegen bei Wörner-Presskästen bewilligt.

Gewiß entspricht diese Regelung nicht den vollen Erwartungen der Sortierer; immerhin ist aber dem Fabrikanten gezeigt worden, daß nicht jede neu eingeführte Arbeit unter die tariflichen Bedingungen fällt, sondern etwa sich ergebende Mehrarbeit zu bezahlen ist, auch wenn keine direkten Lohnsätze dafür bereits im Tarif enthalten sind.

Der Ausgang dieser Angelegenheit mag ein Beispiel dafür sein, daß durch geschlossenes Vorgehen der Kollegen unter Ausnutzung aller Positionen des Tarifes für die betreffenden Arbeiter etwas erreicht werden kann. Das Beispiel mag aber auch zeigen, daß die Kollegen in den Sortierereien, besonders bei Einführung neuer Arbeitsmethoden, auf ihrer Hut sein müssen, wollen sie nicht bei derartigen Anlässen die Geschädigten sein.

Ein Zigarrensortierer.

Adolf Braun †

Am 13. Mai starb in einem Berliner Krankenhaus ein Mann, dem die Gewerkschaften großen Dank abzustatten haben. Ein Mann mit großem Wissen, warm empfindendem Herzen, riesiger Arbeitskraft und außerordentlicher Anspruchslosigkeit, das war der Dr. Adolf Braun. Am 20. März 1862 in Steiermark als Kind reicher Eltern geboren, studierte er in Deutschland, wurde in Berlin Redakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans, wurde als Ausländer und Sozialist aus Preußen ausgewiesen und ging nach Nürnberg. Hier wurde er zunächst Arbeitersekretär, später Redakteur der „Fränkischen Tagespost“. 1919 wurde Adolf Braun Mitglied der Nationalversammlung. 1920 berief ihn die Sozialdemokratische Partei nach Berlin in den Parteivorstand. Von Anbeginn seiner Tätigkeit in Nürnberg war Adolf Braun eng mit den Gewerkschaften verbunden, wurde einer ihrer bedeutendsten Berater und blieb es, bis schwere Krankheit ihn nötigte, jede Tätigkeit einzustellen. Eine große Zahl kleinerer Schriften und mehrere umfangreiche Bücher, die in keiner Arbeiterbücherei fehlen sollten, haben Adolf Braun zum Verfasser. Es seien nur genannt: „Die Kartelle“, „Zum Achtehtundentag“, „Die Tarifverträge und die Gewerkschaften“, „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“, „Internationale Verbindung und Gewerkschaften“, „Die Gewerkschaften vor dem Kriege“.

Bei seiner umfangreichen schriftstellerischen, journalistischen und parlamentarischen Tätigkeit fand Adolf Braun noch viel Zeit zur Abhaltung von Versammlungen, in denen er stets ein gern gehörter Referent war. Er war ein Mann der Pflicht und der größten Bescheidenheit. Sein Andenken wird nie verblasen, solange es eine Gewerkschaftsbewegung gibt.

Der Zusammenbruch einer Lüge

Der Zeitungsschwindel über den Besuch bei Mussolini

(GB.) Im Zusammenhang mit den vom „Sunday Express“ verbreiteten Schwindelnachrichten über einen angeblichen Besuch Citrines und Sassenbachs bei Mussolini anlässlich der vom Vorstand des GB. beschlossenen Untersuchungsreise des Präsidenten und Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Italien, hat Citrine den „Sunday Express“ wegen Verbreitung falscher und schädigender Nachrichten eingeklagt. Bei der gerichtlichen Verhandlung mußten die Vertreter des „Sunday Express“ die vollständige Unrichtigkeit der von dem Blatte verbreiteten Nachricht zugeben. Sie baten im Namen des Blattes wegen des groben Verfehlers um Entschuldigung und erklärten sich zur Auszahlung einer Summe von 500 Pfund Sterling als Entschädigung bereit. Damit ist das — übrigens auch von Mussolini dementierte — Gerücht über eine Fühlungnahme der Vertreter des GB. mit faschistischen Kreisen aus der Welt geschafft.

Der gelegentlich der Reise — bei der die Teilnehmer unerkannt blieben — gewonnene Bericht über die Untersuchung der Verhältnisse in Italien ist inzwischen auch vom Vorstand des GB. gutgeheißen worden, wobei der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, „daß die Kulturidee der gewerkschaftlichen Freiheit mit der Zeit auch in Italien wieder über den Faschismus den Sieg erringen wird“. Die besonders von der kommunistischen Presse mit Freude aufgenommene und breitgetretene Meldung des „Sunday Express“ hat vor allem wieder einmal gezeigt, wie gerne die Blätter der Reaktion und der Kommunisten bereit sind, offensichtliche Lügen als Propagandamittel gegen die freie Gewerkschaftsbewegung zu verwenden.

Literarisches

Um die Einheit der Republik! Eine Broschüre über das äußerst aktuelle Thema. 76 S., 1,50 M.

Im Verlage J. H. W. Diez Nachf. erscheint soeben eine Broschüre über das äußerst aktuelle Thema: „Um die Einheit der Republik!“ Ein Diskussionsbeitrag von Johannes Müller. Mit einem Vorwort von Hans Vogel, M. d. R., Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Verlag hat sich mit der Herausgabe der Broschüre zweifellos ein Verdienst erworben, zeigt er doch damit, daß er den aktuellen Dingen des Tages ein großes Interesse entgegenbringt. Der Verfasser der Broschüre ist sich der Schwierigkeiten wohl bewußt, die der Herbeiführung der wirklichen Einheit der Republik entgegenstehen. Er will mit seiner Arbeit auch nicht etwa eine Gesamtlösung dieses Problems bringen — das dürfte für den einzelnen Menschen schlecht hin unmöglich sein —, sondern er will die Begeisterung und den Willen für das große Ziel mit seiner Schrift weiter weden und Sachkenntnis vermitteln. Das hebt Hans Vogel in seinem ausgezeichneten Vorwort deutlich hervor, er sagt aber zugleich, daß der Verfasser seine Broschüre, in aller Bescheidenheit zwar, „einen Diskussionsbeitrag nennt, daß sie aber den Freunden des Einheitsstaates und der Republik weit mehr sein dürfte“.

Von diesem Gesichtspunkt aus wäre der Schrift eine recht weite Verbreitung zu wünschen. Johannes Müller, der in Thüringen fast sieben Jahre als politischer Redakteur an einem Parteiblatt tätig war, hat aus eigener Anschauung erleben können, wie sich der neue Staat Thüringen entwickelte, wie dieses neue Staatsgebilde — von Sozialisten geschaffen — zuerst segensreich wirkte, und wie es von Anfang an die Aufgabe hatte, an der Herbeiführung der Einheit der Republik mitzuwirken. So ist die aktuelle Broschüre aus der aktuellen Tagesarbeit in einem neugeschaffenen Lande entstanden. Besonders das Kapitel über Thüringen: „Das Beispiel eines Zusammenschlusses“ ist sehr interessant. Aber auch all die anderen Kapitel, angefangen von den „Historischen Betrachtungen“, über die Darstellungen der „Größe der deutschen Zerrissenheit“ bis zur Untersuchung der Frage: „Warum müssen wir zur Einheit der Republik kommen?“ sind lesenswert und lehrreich.

Daß der Verlag die Broschüre noch vor dem Sozialdemokratischen Parteitag herausgebracht hat, ist doppelt begrüßenswert, denn die Tagung wird sich nicht nur mit dem wichtigen Wehrproblem befassen, sondern auch mit dem Bericht der Kommission, die auf dem Kieler Parteitag eingesetzt wurde und die Frage der Einheit der Republik untersuchte. Alle Sozialisten und Republikaner, alle Gewerkschaftler und Reichsbannerkameraden sollten sich mit dem Problem beschäftigen. Ein Wegweiser dazu ist die Neuerscheinung im Verlage von J. H. W. Diez Nachfolger. Sie ist durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen.

Die Theorie in der Praxis. Die alte Streitfrage, was wichtiger sei, Theorie oder Praxis, beschäftigt noch immer viele Kreise in der Arbeiterbewegung. Je nachdem der Charakter einer bestimmten Periode mehr auf die theoretische Betrachtung oder auf das enge praktische Wirken eingestellt war, wurde diese Streitfrage entweder nach der einen oder der anderen Seite beantwortet. Jetzt macht sich in immer stärkerem Maße die Notwendigkeit einer Ausöhnung der beiden gegensätzlichen Auffassungen, die Notwendigkeit einer Synthese von Theorie und Praxis bemerkbar. Diesen Gedanken arbeitet in klarer überzeugender Weise H. Frister in dem soeben erschienenen Maiheft der „Sozialistischen Bildung“ in seinem Artikel „Theorie und Praxis in der Arbeiterbildung“ heraus. Wichtig ist hier vor allen Dingen seine Feststellung, daß das theoretische Interesse gerade in den Kreisen der Funktionäre, also der Praktiker der Arbeiterbewegung, im Anwachsen begriffen ist. Ähnliche Feststellungen macht auch August Stemler in seinem Bericht „Geschichtliche Kurse und Vorträge“, in dem wertvolle Fingerzeige für den Geschichtsunterricht gegeben werden.

Auch die übrigen Beiträge des Maiheftes suchen eine engere Verbindung zwischen Theorie und Praxis der Arbeiterbildung herzustellen. W. Peiser schreibt über „Wissenschaftliche Forschung und Arbeiterbildung“, P. Neumann über „Richtige und falsche Bildungspropaganda“, Engelbert Graf über „Alkohol und Arbeiterbildung“. Wertvoll nach der literarisch-künstlerischen Seite hin sind die Aufsätze von Bruno Schönlanck „Entwicklungslinien der deutschen Arbeiterbildung“ und von D. Greiner „Die bildende Kunst und ihre Bedeutung für das Proletariat“.

Im Maiheft der „Sozialistischen Erziehung“, der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung“, schreibt Carl Buch über „Schulbau und Berechtigungsverfahren“, Anna Siemsen über den „Kampf um die Einheitschule in England“, während R. Zweck in seinem Artikel „Rationalisierung der Freiheit“ verschiedene Mängel in der freien Schulbewegung erörtert und R. Kammer die Frage behandelt „Wie kommen wir an unsere Eltern heran“. — In dem Maiheft der „Büchervorte“ werden die interessantesten literarischen und wissenschaftlichen Neuerscheinungen besprochen.

Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Büchervorte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 S. Der Reichsausfuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Anmerkung: Der Artikel „Das Schund- und Schmutzgeschick in der Praxis“ an anderer Stelle dieses Blattes ist dem Maiheft der „Sozialistischen Bildung“ entnommen.

Die Zeitungen fressen den Wald auf

Ungeheuer sind die Papiermengen, die für die Papierherstellung benötigt werden. Eine größere Zeitung, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erscheint, braucht bei einem Umfang von zwölf Seiten in fünfzig Tagen das Holz, das auf einem Hektar Wald steht; mithin frisst sie in einem Jahr sieben Hektar Wald weg. Wenn man für das Holz mit einem Wachstum von fünfzig Jahren rechnet, braucht sie also an einem einzigen Tage das Holz, welches in einem Jahre auf einem Hektar Wald hinzuwächst. Es müssen ihr demnach volle 360 Hektar zur Verfügung stehen, damit sie fortlaufend ihren Bedarf decken kann. In Anbetracht dessen kann man verstehen, daß in jüngster Zeit sich die Versuche mehren, das Zeitungspapier aus einem anderen Material als Holz herzustellen. Besonders in waldarmen Ländern, wie z. B. England, ist das Problem wichtig. In Frage kommt vor allen Dingen Stroh.

Bekanntmachungen

Am 1. Juni ist der 22. Wochenbeitrag fällig

Achtung, Bevollmächtigte!

Fragebogen und Statistikkarten müssen sofort an den Vorstand eingesandt werden. Spätestens müssen dieselben am 7. Juni im Besitz des Vorstandes sein.

*

Im Beiblatt des „Tabak-Arbeiter“, „Die Vertrauensperson“, Nr. 5, veröffentlichten wir wichtige Verbandsadressen. Heute müssen wir dazu nachfolgende Berichtigung bringen:

Lobenstein i. Thür.: Hans Münch, Burzbacher Str. 161.
Trier a. d. Mosel: Peter Jakobs, Nicolausstr. 9.

Berlin. Die bisherigen Angestellten der Verwaltungsstelle Berlin, Gustav Armbrust und Hans Kohlmann, sind ihres Postens enthoben. Bis auf weiteres sind sämtliche Zuschriften für die Zahlstelle Berlin an Georg Fischer, Berlin C 2, An der Stralauer Brücke 6, zu richten.

Folgende Gelder sind eingegangen:

17. Mai. Gräfontona 80.—
18. Lauffen 300.—, Wiesbaden 100.—, Briedel 100.—, Bad Orb 21.65, Geesthacht 100.—, Pirna 50.—, Stargard 200.—, Leipzig 1000.—
19. Heilbronn 250.—, Speyer 151.70.
21. Kaiserslautern 300.—, Barntrup 100.—, Zwidau 75.—
23. Geringswalde 100.—, Lorich 150.—, Ohlau 800.—, Tressur 1000.—
24. Dresden 400.—
25. Bremen 450.—, Frankenberg 800.—, Münden 600.—, Qaf 300.—
26. Würzburg 400.—
27. Dresden 3000.—, Lobenstein 600.—
- Bremen, 28. Mai 1929.

J. Krohn.

Große norddeutsche Zigarrenfabrik sucht einen tüchtigen und gewandten Zigarrenmacher, der auch in Pennalarbeit firm ist und für einen

Werkmeisterposten

in Frage kommt. / Ausführliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Bild und Zeugnisabschriften sind zu richten unter Nr. 112 an die Expedition dieses Blattes.

Am 19. Mai starb unser Kollege

Ludwig Stieger

im 42. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Uetersen.



Billige böhmische Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorte
Ein Kilo graue, geschlossene 3 M
halbweiß 4 M, weiße 5 M, besser
5 M, 7 M, daunenweich 8 M, 10 M
beste Sorte 12 M, 14 M, weiß
ungeschlossen 7,50 M, 9,50 M, beste Sorte 11 M
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. -
Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet

Benedikt Sachsels, Lobes Nr. 245
bei Pilsen, Böhmen.

Kaufkraftsteigerung der Massen

Die Gütererzeugung wächst von Tag zu Tag. Immer neue Hilfsmittel werden in den Dienst der Menschheit gespannt, um die Gütererzeugung zu vermehren. Nicht im gleichen Maße wächst die Möglichkeit des Absatzes. Dies deshalb nicht, weil diejenigen, die die Produkte kaufen sollen, nicht die nötigen Mittel dazu besitzen. So steht einem kolossalen Warenvorrat auf der einen ein Warenhunger auf der anderen Seite gegenüber. Die kapitalistische Wirtschaft vermochte die Produktionskraft so gewaltig zu steigern, daß von einem Mangel an Produkten auf keinem Gebiete und an keiner Stelle mehr gesprochen werden kann. Dennoch leben wir noch in einem fehlerhaften Kreislauf, weil infolge der gefesselten Kaufkraft der Absatz der Waren stockt, die Fabriken ihre Produktion drosseln müssen. Und dies alles, weil die kapitalistische Produktionsweise eine bessere Organisation der Warenherstellung und der Warenverteilung nicht vorzunehmen vermag.

Diese Gedankengänge wurden schon des öfteren in dieser oder jener Form erläutert. Deshalb mögen sie ziemlich abgedroschen erscheinen. Und dennoch müßten diese einfachsten Grundsätze der Volkswirtschaft immer wieder in die Welt hinausgeschrien werden, weil es tatsächlich noch Menschen gibt, die sie zu befreiten wagen, und weil diejenigen Leute, auf die es ankommt, nicht ernsthaft den Versuch machen, den klaffenden Zwiespalt zwischen Produktion und Verbrauch zu überbrücken. Das amerikanische Beispiel ist schon des öfteren den deutschen Zuständen entgegengehalten worden. Und sobald ein Amerikaner von Rang und Ruf nach hier kommt, sieht er auf den ersten Blick, was unserer Wirtschaft fehlt. So ist auch dieser Tage der amerikanische Großindustrielle W. C. Durant, der Begründer und frühere Leiter der General Motors Co. nach Berlin gekommen und hat sich einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ in folgender Weise über Deutschlands Schicksal und Aufstieg geäußert:

„Das Vertrauen, das ich in Deutschland setze, wird von einer großen Zahl amerikanischer Finanziers und Unternehmer geteilt. Die deutsche Industrie muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß eine Besserung der Lage im hohen Maße davon abhängig ist, daß der Arbeiter seinen Anteil am Gewinn in der Form von höheren Löhnen erhält. Kein Land der Welt, in dem niedrige Löhne gezahlt werden, erfreut sich großen Wohlstandes. Hohe Löhne für den Arbeiter bedeuten gesteigerten Konsum... Der Aufschwung unserer gesamten Industrie datiert erst von dem Augenblick an, wo wir die breiten

Massen des Volks konsumfähig gemacht haben. Der Arbeiter soll nicht nur sein Dach über dem Kopfe, Essen und Trinken und die notwendige Kleidung haben, er soll auch in der Lage sein, in angemessener Weise an den Genüssen des Lebens teilzunehmen. Das kann er nur, wenn ihm sein Einkommen gestattet, Geld für mehr als das Allernotwendigste auszugeben. Diese Weisheit mag als Binsenwahrheit erscheinen, aber der gesteigerte Umsatz in allen Zweigen der Industrie ist die Folge. Bessere Kleidung, besseres Schuhwerk, die der Arbeiter sich leisten kann, beleben zunächst die Bekleidungs- und Schuhindustrie und die anderen Industrien. Auch der Handel merkt rasch den größeren Verzehr der Gesamtbevölkerung. Es ist ein befruchtender Kreislauf, den wir in der Automobilindustrie am besten beobachtet haben: Das Automobil ist kein Luxusartikel mehr, sondern hat gerade in Amerika eine Verbreitung gefunden, wie in keinem anderen Lande der Welt. So ist es mit dem Radio, dem Grammophon, dem Film gegangen. Der Sport, der das Volk gesund erhält, hat durch die gesteigerte Lebenshaltung ebenso Aufschwung nehmen können wie die Gewerbe, die für die Allgemeinbildung arbeiten. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften werden in Auflagen gedruckt, die früher unmöglich waren, weil der Umsatz, der in die breiten Schichten reicht, erst infolge der gestiegenen Kaufkraft sich hat einstellen können. Ich hoffe, daß auch bald in Deutschland diese Bedingungen sich einstellen werden...“

Dieser amerikanische Industrielle hatte einleitend seiner Äußerungen auf den außerordentlichen Fleiß hingewiesen, den er in Deutschland überall in den Städten und auf dem Lande beobachtet hat. Trotz der anerkannten Mühen bessert sich der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung nur sehr langsam. Auf die Ausführungen des Amerikaners brauchen wir nicht weiter einzugehen, sie sprechen für sich selbst. Obwohl sie in dieser und jener Form des öfteren schon gemacht sind, finden sie in Deutschland taube Ohren. Wir leiden an ungeheuren Warenvorräten. Das Institut für Konjunkturforschung hat vor einem Jahr ausgerechnet, daß die Warenvorräte in allen Zweigen der deutschen Wirtschaft auf 17 bis 20 Milliarden Mark zu schätzen sind. Die gesamte Produktion von annähernd acht bis neun Monaten liegt bei uns auf Lager. Dort werden sie entwertet, kosten viel Geld und sind eine drückende Last für die Wirtschaft und ihre Entwicklung. Welchen ungeheuren Aufschwung es bedeuten würde, nur die Hälfte der Warenvorräte zu besitzen, kann sich jeder Leser selbst ausrechnen. Das Institut für Konjunkturforschung gebrauchte bei der oben erwähnten Untersuchung folgenden Satz: „Wenn es ge-

Unser Bett

Von den Liegestätten der ältesten Völker und der noch heute lebenden Naturvölker bis zu unserem Bett ist ein weiter Weg. Auch als die Menschen nicht mehr in Erdhöhlen, unter Bäumen, zwischen dichtem Gebüsch und in primitiven Hütten, sondern schon in Häusern schliefen, kamen noch lange keine Betten oder dergleichen ähnlichen Schlafgelegenheiten auf, auch noch nicht in den kalten Gegenden. Bis weit in die Zeiten der Völkerverwanderung hinein kannten auch die germanischen Völker noch keine bettähnlichen Schlafgelegenheiten. Sie schliefen auf einer Schicht Gras, Schilf oder Laub, und wer vornehm schlafen wollte, deckte noch eine Bärenhaut oder ein Stück selbstgewebtes Tuch darüber. Die alten Kulturvölker des Orients, Phönizier, Babylonier, Perser, Ägypter usw. hatten zwar schon etwas bequemere Schlafgelegenheiten, aber Betten waren dies auch noch nicht, wie ja auch heute in den meisten Gebieten des Orients Betten noch nicht bekannt sind. Und dann waren diese schöner ausgestatteten Lagerstätten auch nur bei den vornehmen Orientalen anzutreffen. Derartige Schlafgelegenheiten, wie sie in gleicher oder ähnlicher Weise noch in der Türkei, bei vornehmen Arabern und Ägyptern gebraucht werden, sind niedrige Gestelle, auf denen Matten und Polster liegen.

Selbst wenn die Lagerstätte bei den Großen des Orients manchmal schon sehr schön ausgeschmückt war, konnte sie doch nur als ein nebensächliches Möbel angesehen werden, das bald hier, bald dort untergebracht war. Erst die Griechen machten die Lagerstätte zu einem für sich stehenden Möbel, hoben das zu-

fällige in der Herstellung und in der Aufstellung der Lagerstätten auf und schufen eine gewisse Stileinheit. Das Möbel, das den alten Griechen die Schlafgelegenheit bot, hatte auch schon etwas mehr Ähnlichkeit mit unserem Bett. Zwar fehlte zunächst immer noch das Kopfkissen, und als später das Kopfpolster aufkam, wurde es nur von den Frauen benutzt, aber die Decken und Tücher, die als Unterlage und zum Zudecken dienten, lagen auf Gurten oder auf Metallschienen. Aber nur die vornehmen Griechen hatten solche Schlafstätten, wogegen die Armen und besonders die Sklaven immer noch auf Gras oder Schilf schliefen, worüber manchmal ein Fell ausgebreitet war. Die bereits erwähnten Kopfpolster für die Frauen waren noch nicht aus Stoff, sondern aus Leder und waren mit Koffhaaren oder Stoffresten ausgestopft.

Der Brauch, Ruhekissen mit Federn auszufüllen, kam bei den Germanen, Galliern und Kelten auf, und von diesen übernahmen sie die Römer. Bettdecken mit Federn dagegen waren weder bei den alten germanischen Völkern noch bei den Galliern oder Kelten bekannt. Erst am Anfang des 18. Jahrhunderts ging man in Deutschland dazu über, Deckbetten mit Federn zu füllen. Bisdem galt es lange Zeit bei Fürsten und reichen Bürgern als vornehm, neben den Stoffdecken, mit denen man sich zudeckte, noch Pelzdecken über die Betten zu legen. Gehen wir nach dieser Abschweifung zurück zu den Römern, so finden wir dort bei Beginn unserer Zeitrechnung bei den Großen und Reichen schon sehr vornehme Lagerstätten. Abgesehen davon, daß sich das griechische Kopfpolster aus Leder und Koffhaaren in ein Kopfkissen mit Federn gewandelt hatte, waren die römischen Lagerstätten nicht viel anders als die griechischen. Nur zeigten

ränge, die industrielle Vorratshaltung auch nur um 10 v. H. zu vermindern, so würden Milliardenbeträge an Kapital frei.“ Eine Binsenwahrheit, die leider vielen maßgebenden Personen nicht als solche geläufig ist.

Die Kaufkraftsteigerung der breiten Massen wäre für die deutsche Wirtschaft der stärkste Motor. Sie ist das Problem aller Probleme. Nur schade, daß nur die Gewerkschaften und einige einsichtige Unternehmer aus dem Auslande einen genügend weiten Blick dafür besitzen.

Lebensdauer und Kinderzahl

Wenn wir die Statistik der deutschen Volkszählung des Jahres 1925 mit der Statistik von 1870/71 vergleichen, dann fällt uns die erhebliche Abnahme der menschlichen Sterblichkeit auf. Durch die Zunahme der hygienischen Einrichtungen, durch den Ausbau der Fürsorge wurden die Menschen wesentlich älter. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Knaben war 1871 durchschnittlich 35,6 Jahre, 1925 aber 56 Jahre, und die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens war 1870 38,5 Jahre gegen 58,8 Jahre im Jahre 1925.

Die Verringerung der Lebenserwartung ist aber nicht in jedem Lebensalter gleichmäßig festzustellen. In auffallender Weise hat die Sterblichkeit in den Säuglings- und Kleinkinderjahren nachgelassen, und dadurch wurde das durchschnittliche Lebensalter des Menschen heraufgesetzt. Diese Abnahme der Sterbeziffer in den jungen Jahren ist aber in den späteren Lebensjahrzehnten nicht festzustellen. Hier stehen den günstigeren Verhältnissen im Wohnen und den günstigen Einflüssen der sozialen Fürsorge gegenüber die Arbeitsverhältnisse des Kapitalismus, und die lassen die günstigen Lebensverhältnisse des Wohnens und dergleichen nicht voll auswirken.

Zur Erhöhung der Lebensdauer gehört die soziale Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Aber daß die Arbeitsverhältnisse noch nicht den Grad sozialer Notwendigkeit erreicht haben, zeigt die statistische Tatsache, daß diese höheren Lebensjahrzehnte nicht in entsprechender Weise an der Lebensverlängerung teilnehmen. Um so notwendiger ist aber diese soziale Ordnung des Arbeitslebens, als heute ein weit größerer Teil der Bevölkerung als früher das erwerbsfähige Alter erreicht.

Das bedeutet aber zugleich, daß auch eine wesentlich höhere Zahl Mädchen als früher das gebärfähige Alter erreicht, und dadurch ist heute eine geringere Zahl Geburten nötig als früher.

Zurzeit ist die durchschnittliche Kinderzahl der verheirateten Frau, die zur Erhaltung der Volkskraft nötig ist, auf 3 errechnet worden. Je mehr die Lebensdauer durch weitere Besserung der sozialen Lebensbedingungen steigt, um so geringer wird diese Kinderzahl werden. Früher arbeitete der Mensch für viele Kinder. Die Entwicklung geht dahin, daß die sozialen Lebensbedingungen möglichst viele Menschen in die Gebär- und Erwerbsjahre bringen, damit dann durch wenige Kinder die Volkskraft erhalten bleibt.

die der römischen Großen oft ein viel luxuriöseres Aussehen. Das Holz der Gestelle trug Einlagen von Elfenbein, Horn, Silber- und Goldplatten, auch gab es Lagerstätten, die mit Edelsteinen besetzt waren. Bei den Römern machte sich jedoch bald ein Unterschied bemerkbar. Es gab Schlaflagerstätten und Lagerstätten zum Lesen, Schreiben und Essen. Der Römer der alten Zeit hatte nämlich die Angewohnheit, beim Essen zu liegen. Die Lagerstätten zum Essen und Studium war niedrig, die zum Schlafen dagegen so hoch, daß zum Besteigen ein besonderer Schemel benutzt werden mußte. Was bei den Römern noch besonders hervorgehoben werden muß, ist dies, daß sie zum erstenmal ein besonderes Schlafzimmer (cubiculum) einrichteten. Neben solchen mehr oder weniger einem Bett ähnlichen Schlafgelegenheiten und den einfachen Lagerstätten, wie sie noch jetzt im Orient und bei den Naturvölkern in Afrika, Australien und Amerika anzutreffen sind, gibt es jedoch auch noch andere Schlafgelegenheiten. Vielen Erdbewohnern in den warmen Gegenden genügt zum Schlafen schon eine einfache geflochtene Hängematte, die zwischen Bäumen aufgehängt wird. Hoch oben im kalten Norden gebrauchen die Bewohner zum Schlafen einen Sack aus Renntierfellen. Ein Lappländer verkriecht sich des Nachts vollständig in seinen Schlafsack. Einen Schlafsack müssen auch die Europäer benutzen, die in solche Gegenden vordringen. Den Schlafsack kennt man auch in Ostindien. Dort ist er allerdings nicht aus wärmenden Fellen zusammengesetzt, sondern aus leichtem Stoff, der nur Schutz vor Moskitos und vor anderen Plagegeistern geben soll. Mit einem Schlafsack läßt sich ein indischer Proletarier in der Nacht überall nieder, wo gerade ein Plätzchen frei ist, unter einem Baum, an einer Mauer, am Ufer eines Flusses, am Straßenrand

Großfunkstation Rauen

Die Transradio A.-G. in Berlin hatte kürzlich die Redakteure der Gewerkschaftspresse zu einer Besichtigung ihrer Großfunkstation Rauen eingeladen. Auf der Fahrt nach Rauen sieht man die Funktürme schon von weitem in den Himmel ragen. Wie hoch werden sie sein? Es wird geschätzt, aber die meisten Angaben bleiben hinter der Wirklichkeit weit zurück. Erst wenn man unmittelbar vor den Anlagen der Funkstation steht, ermisst man ihre Größe etwas besser. Die Bodenfläche, die von den Antennen bedeckt wird, hat einen Durchmesser von 2½ Kilometer. Die Antennen hängen an zwölf Masten, davon haben zwei eine Höhe von 260 Meter, sieben eine Höhe von 210 Meter und drei eine Höhe von 150 Meter. Das Eisengewicht beträgt 100 bis 360 Tonnen je Mast. Die Masten ruhen auf Porzellanisolatoren, wodurch sie von der Erde isoliert sind. Verwandt werden in der Hauptfache Kurzwellensender mit Wellen von 15 bis 40 Meter. Von den Antennen sind je zwei parallel geschaltet. Vorhanden sind sieben Kurzwellensender für je 20 Kilowatt Antennenenergie. Für den Verkehr nach Ostasien, Nordamerika usw. dienen Maschinensender von 400 Kilowatt. Der benötigte elektrische Strom wird in 100 000-Volt-Leitungen vom Kraftwerk Finkenherd bei Frankfurt a. d. O. bis Spandau und von dort mit 15 000-Volt-Leitungen direkt zur Funkstation geliefert.

Die Großfunkstation Rauen ist nur Sendestation, der Empfang des drahtlosen Ueberseeverkehrs erfolgt in Seltow bei Potsdam. Die Transradio A.-G. unterhält ständige Verbindungen mit Nordamerika, Südamerika, Ägypten, Niederländisch-Indien, China, Japan, Philippinen, Siam, Abessinien und vielen anderen Ländern.

Von der Geschwindigkeit des drahtlosen Verkehrs kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ein Telegramm Deutschland—Nordamerika nur 30 Sekunden dauert. Eine Berliner Großbank kann innerhalb zwei Minuten erfahren, wie die Kurse an der Newyorker Börse stehen. Der Kurzwellensender hat den Langwellensender verdrängt. Bei Langwellen beträgt die Sendegeschwindigkeit bis 125 Worte und bei Kurzwellen bis 350 Worte je Minute.

Die Großfunkstation Rauen hat eine tägliche Telegrammleistung nach Uebersee von etwa 50 000 Worten je Tag und etwa 1,5 Millionen Worten je Monat. Der Gesamtumfang des Sendeverkehrs nahm folgende Entwicklung: Im Jahre 1919 1,2, 1921 5,0, 1923 7,7, 1925 11,9, 1926 12,7, 1927 13,4, 1928 16,3 Millionen Worte, davon 11,3 Millionen nach Nordamerika. In diesem Jahre hofft man auf eine Jahresleistung von 20 Millionen Worten zu kommen.

In dieser Entwicklung ist die Bedeutung des Ueberseefunkverkehrs am besten zu ersehen. Im Jahre 1928 entfielen von dem Gesamtverkehr 2 392 650 Worte auf den internationalen Presseverkehr. Nur auf diese Art ist es möglich, daß wir an dem gleichen Tage in den Zeitungen das finden, was in anderen Erdteilen passiert ist. Die Großfunkstation Rauen erledigt so-

oder wo es ihm sonst beliebt, sich niederzulegen. Der Japaner aus der großen Masse kennt noch heute keine andere Lagerstätte für die Nacht als eine Matte mit einem Holzblock unter dem Kopf. Bei den Chinesen sind die Lagerstätten oft sehr fein ausgeschmückt, aber auch in ihnen liegen nur Matten. In den kälteren Gegenden Chinas und Koreas gibt es Schlafstätten, die des Nachts geheizt werden. Die Leute liegen dort auf einer Art Lehmboden, in dem ein Klumpen Kohlenstaub glimmt.

Vom Mittelalter an haben die Betten mancherlei Wandlungen durchgemacht. Nicht allein, daß die Stilveränderungen auch sehr stark auf das Bett einwirkten, daß das Bett in der Spätgotik anders war als in der Renaissancezeit und daß auch Barock, Rokoko, Empire und Biedermeier Umänderungen nach sich zogen, ebenso war die Repräsentationsfähigkeit des Bettes im Wohnraum zu den einzelnen Zeiten sehr verschieden. In der Zeit der Spätgotik war das Bett ein sehr wuchtiges Möbel und stand auf einer besonderen Estrade, während der Empirezeit trugen die Bettstellen geflügelte Wesen, Löwen und andere Verzierungen, in der Rokokozeit wurden die Betten zierlich und erhielten spielerische Ausschmückungen, in der Biedermeierzeit gab es Leute, die sich Betten in Form eines Rahmes herstellen ließen. Das Bett kam in den vornehmsten Empfangsraum, und es gab Zeiten, wo sich Adlige sehr geehrt fühlten, wenn sie eingeladen wurden, während der Nacht mit ins Bett zu steigen, und es kamen wieder Zeiten, in denen das Bett in Hinterzimmern verschwand. Auch die Größen der Bettstellen wechselten. Noch vor drei Jahrhunderten gab es Betten, in denen sämtliche Angehörige einer Familie schliefen, und oft mußte darin auch noch Platz sein für Verwandte und Bekannte, die zu Besuch waren.

wohl die Telegraphie wie auch die Telephonie und die Bildübertragung.

Durch den Funkverkehr wachsen die Verständigungsmöglichkeiten der Menschen von Tag zu Tag. Die menschliche Stimme vermag heute den Erdball zu durchdringen. Ein von der Transradio U.-G. übermitteltes Telefongespräch nach Argentinien, also auf eine Entfernung von rund 11 000 Kilometer, ist genau so klar zu hören, als wenn sich zwei Menschen auf ein Meter Entfernung gegenüberstehen. Und doch sind wir wahrscheinlich erst am Anfang dieser Entwicklung, die noch Ungeahntes erwarten läßt. Nach einigen Jahren wird es wahrscheinlich kein Land der Erde mehr geben, das nicht in wenigen Minuten durch den drahtlosen Verkehr telephonisch erreicht werden kann.

Keine Kürzung der Invalidenrente bei Eintritt des 65. Lebensjahres

Durch das Änderungsgesetz der Reichsversicherungsordnung vom 25. Juni 1926 wurde bestimmt, daß, wenn die Invalidität Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles ist, der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente ruht, der dem Grade der Erwerbsbeschränkung aus dem Unfall entspricht. Beträgt z. B. die durch den Unfall herbeigeführte Erwerbsbeschränkung 70 Prozent, so ruhen auch 70 Prozent des für die Invalidenrente festgesetzten Grundbetrages von 168 M., d. h. sie werden von der Invalidenrente gekürzt und nicht ausbezahlt. Die gesetzlichen Kürzungsbestimmungen sind reichlich unklar gehalten und konnten um so mehr zum Schaden der unfallverletzten Invalidenrentner ausgelegt werden, als durch Gesetz vom 10. November 1922 die eigentliche Altersrente aufgehoben und bestimmt wurde, daß die Invalidenrente auch alle Versicherten erhalten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen vom 25. Juni 1926 mußten die Landesversicherungsanstalten ihre ganzen Rentenakten durcharbeiten, und soweit festgestellt werden konnte, daß ein Unfall die Ursache der Invalidität war, mußten die gesetzlich vorgeschriebenen Kürzungen vorgenommen werden. Die Landesversicherungsanstalten glaubten, diese Kürzungen auch beibehalten und weiterlaufen lassen zu können, wenn ein invalider Arbeiter 65 Jahre alt wurde. Diese Rechtsauffassung wurde bestätigt durch eine Entscheidung des 3. Revisionsrates des Reichsversicherungsamtes vom 31. Mai 1928, in der ausgesprochen ist, „daß die wegen der auf Folgen eines entschädigungspflichtigen Unfalles beruhende Invalidität bewilligte Invalidenrente gemäß § 1311 Abs. 1 Satz 1 der RVO. auch dann ruht, wenn der Invalidenrentner das 65. Lebensjahr vollendet hat“.

Diese Entscheidung hat, wenn man gesetzliche Bestimmungen weitherzig und sozial ausgelegt wissen will, gegen Wortlaut und Sinn des Gesetzes und gegen die vom Gesetzgeber gewollte

Die Betten trugen richtige Betthimmel, die das ganze Bett überdeckten und dann wieder Baldachine, die nur einen Teil überspannten; man hatte Betten auf hohen Gestellen und dann wieder solche, die ganz tief lagen. Mit dem raschen Anwachsen der Bevölkerungszahl in den Großstädten, mit der zunehmenden Wohnungsnot und Mietenerhöhung entstand dann eine Schlaflegenheit, die einen Rückfall in vergangene Zeiten bedeutete. Diese Lagerstätte war der sogenannte Bettkasten, der z. B. in Berlin auch heute noch nicht verschwunden ist. Dieser Kasten, in dem ein Strohsack liegt, wird am Tage unter das Bett geschoben, am Abend hervorgeholt und dient dann in der Nacht als Lagerstätte.

Was die Ausstattung der Lagerstätten betrifft, so dürfte nur schwer festzustellen sein, welche Lagerstätte schon als Bett angesprochen werden kann. Das beste Kennzeichen dürfte darin zu suchen sein, daß man sich ins Bett ohne Kleider legt. Ueberall wo die Menschen noch in ihren Kleidern schlafen, wird man noch nicht von Betten sprechen können.

A. M.

Neue Hauswirtschaft

Die Bestrebungen nach Rationalisierung, unter der wir nicht nur Arbeit am laufenden Band (Fließarbeit) verstehen dürfen, haben natürlich auch auf die Hauswirtschaft übergegriffen. In der letzten Nummer unserer Zeitung hat Dr. Marie Elisabeth Lüders von der Notwendigkeit zu Reformen des Wohnungsbaues gesprochen und von den bereits eingeleiteten Maßnahmen, sie durchzuführen.

Absicht verstoßen. Sie war rechtlich unhaltbar, wurde auch auf Antrag des 11. Revisionsrates vom „Großen Senat“ des Reichsversicherungsamtes durch eine grundsätzliche Entscheidung vom 12. Dezember 1928 aufgehoben. In der letztgenannten Entscheidung brachte der große Senat des Reichsversicherungsamtes zum Ausdruck, daß, wenn der gekürzte Invalidenrentner das 65. Lebensjahr erreicht, die Rentenkürzung aufzuheben und neben der Unfallrente die volle Invalidenrente zu bezahlen ist.

Die Landesversicherungsanstalten sind durch diese Entscheidung gezwungen, in allen Fällen, die ihnen bekannt werden, die zu Unrecht bestehende Rentenkürzung aufzuheben. Beim Inkrafttreten der Kürzungsbestimmungen war leicht festzustellen, welche Invalidenrentner zugleich auch Unfallrente beziehen, weil beide Renten durch die Postanstalten zur Auszahlung gelangen und Altersunterschiede nicht zu machen waren. Die Landesversicherungsanstalten können heute nur schwer feststellen, wann ein gekürzter Invalidenrentner das 65. Lebensjahr erreicht. Die Zahl der Doppelrentner, die seit 1926 das 65. Lebensjahr erreicht haben oder in den nächsten Jahren erreichen, ist sehr erheblich. Nur wenige haben bisher Kenntnis von der ihnen günstigen Entscheidung bekommen. Die Kürzungen an der Invalidenrente gehen monatlich bis zu 14 M. Wenn die Landesversicherungsanstalten nicht durch Zufall darauf kommen, daß es sich um einen zu Unrecht gekürzten Rentenfall handelt, wird die ungerechtfertigte Kürzung jahrelang und vielleicht bis zum Tode des Rentners weiterlaufen. Es erscheint deshalb angezeigt, daß die gekürzten Doppelrentner, wenn sie das 65. Lebensjahr bereits erreicht haben, oder wenn sie 65 Jahre alt werden, Antrag auf Aufhebung der Rentenkürzung bei der Landesversicherungsanstalt stellen, die die Rente festgesetzt hat.

Rund um den Arbeitsmarkt

Die Frühjahrsbelegung des Arbeitsmarktes ist eine durchgreifende gewesen. Mehr als 1,3 Millionen Arbeitskräfte konnten seit dem Höchststande der Arbeitslosigkeit wieder eingestellt werden. Nach der Statistik des ADGB. betrug die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften Ende April 9,2 v. H. in der Konjunkturgruppe und 19,2 v. H. in der Saisongruppe. Insgesamt betrug die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden 11,1 v. H. gegen 16,8 v. H. im März und 22,3 v. H. im Februar. Kurzarbeiter wurden Ende April 6,6 v. H. festgestellt. Im Februar arbeiteten 8,5 v. H. und im März 7,5 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder verkürzt. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer um rund 650 000 Personen größer als im September vorigen Jahres und um rund 430 000 Personen größer als Anfang Mai 1928. In diesen Zahlen spiegelt sich die Verschlechterung der Konjunktur wider. Ein eigentümliches Merkmal der diesjährigen Arbeitslosigkeit liegt aber in den verhältnismäßig großen Schwierigkeiten, die der vollständigen Belegung des Baumarcktes entgegenstehen.

So nötig nun wie die Reformen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, ist die Neugestaltung der inneren Einrichtung unserer Wohnung und der Haushaltsführung in ihren Einzelheiten.

Schon wiederholt hat die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ dieses Gebiet behandelt, und es soll ihm in der Zukunft ein größerer Raum gewidmet werden. Die Berechtigung, ja die Notwendigkeit hierfür leuchtet ein, wenn man berücksichtigt, daß die Häuslichkeit mit ihrer Arbeit einen großen Teil des Lebens der Frauen ausfüllt, und zwar nicht nur der Frauen, die als verheiratete Frauen, frei von dem Zwange, Erwerbsarbeit zu leisten, sich ganz ihren Hausfrauenpflichten hingeben können, sondern auch der erwerbstätigen Frauen. Selbst das junge Mädchen, das tagsüber seiner Erwerbsarbeit nachgeht, ist meist nicht ganz frei von Arbeiten des Haushalts. Zum mindesten aber geht ihr Sehnen und Verlangen nach einer Häuslichkeit. Deshalb dürfte wohl alle unsere Leserinnen die Frage interessieren: wie kann der Haushalt mit allen seinen Einzelheiten, seinen Möbeln, seinen Gebrauchsgegenständen und mit seiner Arbeit für Instandhaltung dieser Gegenstände und ihrer Verwendung für Familienbedarf und die Familienbehaglichkeit und Erholung modern und bequem gestaltet werden?

Brennende Fragen hierfür sind vor allen Dingen die der zweckmäßigen Gestaltung. Sie wurzeln in dem Streben unserer Zeit nach Sparen an Zeit und Arbeitskraft, und sie entspringen neben dem Verlangen nach Entlastung der überbürdeten Frau, die die mehrfache Arbeit als erwerbstätige Frau und als Hausfrau und Mutter zu tragen hat, auch dem wachsenden Verlangen der Frau mit geistigen Interessen, die dazu heute keine Zeit fin-

Anter den Bauarbeitern ist die Arbeitslosigkeit noch sehr stark, der Wurf von Arbeitskräften erfolgt in den letzten Wochen sehr schmerzhaft. Dies hängt mit der verhältnismäßig ungünstigen Finanzlage zusammen. Dem Baumarkt stehen öffentliche Gelder in genügendem Maße zur Verfügung, doch können diese aus verschiedenen Gründen schlecht flüssig gemacht werden. Hier wäre es notwendig, einmal ganz energisch für Abhilfe zu sorgen.

Die Arbeitslosigkeit ist in einzelnen Gebieten des Reichs sehr verschieden. Im ganzen Reich kommen auf hundert Beschäftigte etwa 8 unterstützte Arbeitslose. Die östlichen Bezirke liegen über dem Reichsdurchschnitt, während die Rheinprovinz, Berlin-Brandenburg und die Nordmark mit ihm gleich sind. In Westfalen kommen auf hundert Beschäftigte nur rund 4,5 unterstützte Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit in den Großstädten trägt einen besonderen Charakter. Die sog. bleibende Mindestarbeitslosigkeit ist in den Städten besonders hoch; selbst bei guter und günstiger Beschäftigung. Diese großstädtische Dauerarbeitslosigkeit bildet für die Arbeitslosenversicherung ein ebenso wichtiges Problem wie die Saisonarbeitslosigkeit. Es ist also festzustellen, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in ziemlich erheblichem Maße erfolgt ist. Nunmehr ist eine Stockung eingetreten. Das Baugewerbe, die Landwirtschaft und die anderen Außenberufe dürften so ziemlich mit Arbeitskräften versorgt sein. Es wird auf die allgemeine Konjunkturerwicklung ankommen, ob und in welcher Weise der Arbeitsmarkt neue Auftriebsmöglichkeiten erhält.

Löhne und Lebenshaltungsindex

Solange die vom Statistischen Reichsamt errechnete Messziffer der Lebenshaltungskosten besteht, wird sie bei dem Vergleich zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten herangezogen werden. Nach den Berechnungen dieses Amtes ist der durchschnittliche Tariflohn höher gestiegen als der Lebenshaltungsindex. In Wirklichkeit ist dieser Schluß aber unrichtig, denn der amtliche Lebenshaltungsindex ist für die Beurteilung der tatsächlichen Lebenshaltung schlecht geeignet. Die Bremer Arbeiterkammer kommt in ihrem Jahresbericht auf das Problem Löhne und Lebenshaltungsindex zu sprechen, wobei folgendes ausgeführt wird:

Der Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts berücksichtigt z. B. nicht, daß infolge der Wohnungsnot große Massen von Arbeitern nicht mehr in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen und somit verhältnismäßig hohe Reisepesen tragen müssen. Ferner muß ein großer Teil der Arbeiterschaft Wohnungen bewohnen, deren Preis wesentlich über die gesetzlich festgelegte Höhe hinausgeht. Zu bedenken ist ferner, daß während des Krieges und der Inflationszeit Bekleidungsstücke und Hausrat nicht beschafft und die verärmten Anschaffungen erst in der letzten Zeit bei verhältnismäßig sehr gestiegenen Preisen langsam nachgeholt werden konnten. Neue Bedürfnisse sind überdies entstanden; so z. B. das des Anschlusses an das Radioetz und das der Körperkultur,

deren Befriedigung heute als unentbehrlich anzusehen sind. Zum Verrückten der Mode und der Lebensgewohnheiten haben die Lage des Arbeiters stark beeinflusst.

Nimmt man noch hinzu, daß der amtliche Lebenshaltungsindex Ausgaben, wie Steuern und Versicherungsbeiträge usw., nicht berücksichtigt, dann wird die Forderung immer dringender, diese Messziffer durch eine andere zu ersetzen. Sehr richtig weist die Bremer Arbeiterkammer auf die neu entstandenen Bedürfnisse hin. In der Tat wird heute erfreulicherweise in den Arbeiterfamilien ein viel größeres Gewicht auf Körperkultur gelegt als in früheren Zeiten. Auch die Arbeiterfrau will heute gut angezogen sein und jung erscheinen. Dazu ist es notwendig, daß dafür erhöhte Aufwendungen gemacht werden müssen. Radio, Sport und anderes gehören auch bei der Arbeiterklasse zu den unentbehrlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens. Deshalb fort mit dem irreführenden Lebenshaltungsindex.

Die Landesmüden

Von April 1919 bis Ende März 1928 sind insgesamt 493 350 Deutsche nach Uebersee ausgewandert. Zu dieser Ziffer treten noch etwa 250 000 Auswanderer, die über die sog. trockene Grenze ihren Weg nahmen. In dem Zeitraum von 1904 bis 1913 verließen im Jahresdurchschnitt nur 25 620 Deutsche ihr Vaterland. Die Nachkriegsziffern liegen also wesentlich höher als im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege. Sie liegen ungefähr mit denen gleich, die in dem Zeitraum von 1891 bis 1900 erreicht wurden. Uebertroffen wird diese Zahl nur von den Jahrzehnten 1871 bis 1880 und 1881—1890. In den ersten Jahren nach dem Kriege wanderten nur wenig Personen aus. Eine größere Ziffer (24 135) wurde 1921 erreicht. 1922 stieg diese Zahl auf 36 527, und das Inflationsjahr 1923 übertraf mit 115 416 Auswanderern nach Uebersee alle vorhergegangenen Jahre. Dann dämmte die Festigkeit der Währung die Auswanderung wieder ein, die aber immer noch recht ansehnlich blieb und 1924 rund 58 000, 1925: 63 000, 1926: 65 000, 1927: 61 000 und 1928: 57 000 nach Uebersee ausmachte.

Eine große Zahl von Landesmüden verläßt alljährlich ihr Vaterland. Wir wollen den Vorteil der Wanderungsbewegung sicher nicht verkennen; aber wenn der Lebensstandard hierzulande höher wäre, dann würden um so weniger Leute Veranlassung haben, das Land ihrer Muttersprache zu verlassen. Es sind nicht die schlechtesten, die in anderen Ländern ihr Brot suchen.

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdetlich für den Verband!

det, aber erkannt hat, daß das Glück und das Wohlergehen der Familie nicht verbunden sein braucht und nicht verbunden ist mit körperlicher Aufopferung der Frau für Arbeiten, die durch zweckmäßiges Einrichten gespart oder doch eingeschränkt werden können.

In den letzten Jahren ist durch Wort und Schrift umfangreiche Arbeit geleistet worden, um Reformen des Haushalts in die Wege zu leiten. Eine der bedeutendsten Vorkämpferinnen auf diesem Gebiete ist zweifellos Dr. Erna Meyer. Ihr Buch: „Der neue Haushalt“, das in der Franckschen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart erschienen ist, hat weite Verbreitung gefunden. Es enthält eine Fülle von Anregungen und praktischen Vorschlägen. Jetzt tritt Dr. Erna Meyer an die Öffentlichkeit mit einer Zeitschrift „Neue Hauswirtschaft“. Die bis jetzt erschienenen Hefte zeigen, daß sie darin die in ihrem Buche niedergelegten Gedanken weiterführen und das gesamte Gebiet der Hauswirtschaft, einschließlich Gesundheits- und Kinderpflege nach modernen und zweckmäßigen Gesichtspunkten in Wort und Bild behandeln will.

Unsere Freude über dies Unternehmen wird freilich dadurch etwas getrübt, weil die Zeitschrift bis jetzt noch gerade für die Frauenschaft, für die Reformen der Hauswirtschaft besonders nötig wären, nämlich für die Frauen der Arbeiterschaft, zu teuer ist. Der Vierteljahrspreis von 2 M ist für Arbeiterfrauen und für Arbeiterinnen eine große Ausgabe, die sich die meisten für eine Zeitschrift nicht leisten können. Vielleicht erfüllt sich bald die Hoffnung der Herausgeberin auf eine billigere Volksausgabe.

Auch das Studium der Zeitschrift — wie übrigens auch das Studium des erwähnten Buches — löst Bedauern aus, nämlich das Bedauern, daß die zweckmäßigsten Vorschläge und Gean-

stände für den Teil der Menschen, die sie am nötigsten brauchen, vorläufig noch unerschwinglich sind. Es ist dies der Fall einmal, weil die Industrie an zweckmäßigen Neuerungen „zweckmäßig“ verdienen will und weil zweitens sie in günstigen Fällen für diejenigen in Frage kommen, die sich Neuanfassungen leisten können oder sich überhaupt erst eine Häuslichkeit schaffen. Auch schleichen sich, wie immer, wenn von Grund auf reformiert werden soll, im Anfang Uebertreibungen ein bei Schilderungen von Vorteilen und Nachteilen, die mit der Zeit ausgemerzt werden können und werden. Das ist der Fall bei den Reformvorschlägen für den Wohnungsbau, und das zeigt sich auch in den Vorschlägen auf Reformen der Häuslichkeit in ihren inneren Einrichtungen.

Diese Erscheinungen, einschließlich der bedauerlichen Tatsache, daß zweckmäßige Neuerungen auf diesen Gebieten für die Mehrzahl der Menschen im Augenblick noch unerfüllbare Wünsche bleiben müssen, soll aber unsere Freude daran nicht verderben, daß der Weg zu Reformen beschritten worden ist. Der Anfang ist gemacht, und der ist bekanntlich das Schwierigste an einem Werk.

Wir, die wir zur Masse derjenigen gehören, die sich beschränken müssen auf vielen Gebieten, weil uns die Mittel zum Leben beschränkt sind, wollen aber auch die Erfahrungen, die wir auf dem Gebiete der Haushaltreformen machen müssen, zum Anlaß nehmen, das Streben zu fördern, die Lebensbedingungen der zur Arbeiterschaft zählenden Menschen zu verbessern. Auch wir haben das Recht auf Wohlergehen. Wohlan, schaffen wir uns durch die Organisation die Mittel, die hierfür notwendig sind!

